



Statement

Handwerksmotor läuft!

Holger Schwannecke

Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)

Zum Konjunkturbericht Mai 2019

Berlin, 15. Mai 2019
Zentralverband des Deutschen Handwerks

Handwerkskonjunkturmotor läuft weiter hochtourig

Der Konjunkturmotor im Handwerk läuft auch im Frühjahr 2019 weiter auf Hochtouren. Und das wird sich nach den Erwartungen der Betriebe im weiteren Jahresverlauf nahezu ungebremst so fortsetzen.

Besser als jemals zuvor in einem ersten Quartal beurteilen die Betriebe in der Frühjahrsbefragung ihre aktuelle Geschäftslage und Umsatzentwicklung. Auf neue Höchststände steigen Kapazitätsauslastung und Auftragsreichweiten der Betriebe. Die Investitionsausgaben erhöhen sich abermals. Die Beschäftigung nimmt kontinuierlich zu.

Ungeachtet der sich abzeichnenden Bremsspuren in der deutschen Wirtschaft insgesamt ist in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, dass der Konjunkturmotor im Handwerk ins Stocken gerät oder gar abgewürgt wird. Denn auch für die nächsten Monate erwarten die Handwerksbetriebe ganz überwiegend eine weiter brummende Handwerkskonjunktur. Lediglich bei den industriennahen Zulieferern im Handwerk zeichnet sich eine Eintrübung der Konjunktur ab, da sich die Nachfrage nach handwerklichen Vorleistungsgütern derzeit nur verhalten entwickelt.

Zu den Konjunkturparametern im Einzelnen:

So viel Zufriedenheit über die aktuelle Geschäftslage gab es noch nie zu Beginn eines Jahres: 57% der Betriebsinhaber halten sie für gut, nur 8% für schlecht. Besonders gut läuft es am Bau und beim Ausbau: 95% der Betriebsinhaber dieser Gewerke sprechen von einer guten bis befriedigenden Geschäftslage, wobei das Urteil „gut“ überwiegt und im Bau bei 64% / im Ausbau bei 67% liegt. Bei den Handwerkern für den gewerblichen Bedarf erreicht die Geschäfts-

lage mit 92% zumindest zufriedenen Betrieben das gute Vorjahresniveau. Hohe Zufriedenheitswerte mit Blick auf die aktuelle Geschäftslage finden sich auch bei den Lebensmittelhandwerkern (90% melden gute bis zufriedenstellende Geschäfte) und bei den konsumnahen privaten Dienstleistern (87% gut bis zufriedenstellend). Im Kfz-Bereich hat sich die Lage wieder etwas entspannt, 87% sehen ihre Geschäfte als zumindest befriedigend an – das vor dem Hintergrund, dass sich der Neuwagenabsatz zuletzt wieder erholt hat und zudem das Werkstattgeschäft nach wie vor gut läuft.

Bei der Bewertung der Umsätze gab es in einem ersten Quartal noch nie bessere Werte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal haben sich die Umsätze in allen Gewerken - außer den Handwerkern für den gewerblichen Bedarf – im ersten Quartal 2019 besser als im Vorjahr entwickelt. Gegenüber dem Jahresendquartal 2018 konnten die Betriebe der Bau- und Ausbaugewerke sowie der handwerklichen Zulieferer ihre Umsätze im Q1 2019 sogar steigern, die der übrigen Gewerkegruppen waren leicht rückläufig, wobei die Rückgänge kleiner als ein Jahr zuvor ausfielen.

Die Auslastung der betrieblichen Kapazitäten von 81% war in den ersten drei Monaten 2019 besser als im Vorjahresquartal. Höchstwerte in einem ersten Quartal erreicht die Auslastung im Bau mit 84% und im Ausbau mit 86%. Es gibt also besonders in diesen Gewerken kaum noch freie Kapazitäten. Das wird auch in den kommenden Monaten so bleiben, da die Auftragsbestände hoch sind.

Die Wartezeiten auf Handwerker haben sich nochmals erhöht. Im Gesamthandwerk dauert es inzwischen im Durchschnitt fast 10 Wochen, bis ein Auftrag erfüllt werden kann. In den Bau- und Ausbauhandwerken müssen die Kunden sogar 14,5 bzw. fast 11 Wochen, bei den gewerblichen

Zuliefererbetrieben 11,5 Wochen bis zur Auftragsrealisierung warten.

Auch 2019 stellen die Betriebe weiter zusätzliche neue Mitarbeiter/innen ein, voraussichtlich rund 30.000. Gerne würden die Betriebe ihr Personal noch stärker aufstocken, aber leider findet sich nicht für alle offenen Stellen geeignetes Personal. Das realisierte Stellenplus wird daher auch 2019 hinter den eigentlichen Einstellungsplänen und –wünschen der Betriebe zurückbleiben. Geschuldet ist das dem fortgesetzten Fachkräftemangel.

Auf einem bisherigen Höchststand in einem ersten Quartal liegt das Investitionsklima im Handwerk. Abermals haben die Betriebe ihre Investitionen erhöht. Fast jeder vierte Betrieb hat mehr Mittel in Investitionen gesteckt.

Höhere Löhne und Lohnzusatzkosten sowie gestiegene Einkaufspreise für Rohstoffe, Material und Energie lassen die Verkaufspreise nochmal deutlich ansteigen. Die Spielräume für Preisanpassungen sind größer als in den Vorjahren, sodass sich die höheren Kosten auf die Abnehmer umlegen lassen. 37% der Betriebe geben an, im ersten Quartal 2019 ihre Absatzpreise erhöht zu haben. Und alle Gewerkegruppen rechnen fest mit weiter steigenden Absatzpreisen im Frühjahr.

Alle Indikatoren zeigen zu Jahresbeginn 2019 somit ein beständig andauerndes Konjunkturhoch im Handwerk bei weiter guten Aussichten für das Jahr. Für das laufende Jahr 2019 erwarten wir daher einen Umsatzanstieg von bis zu 4%. Es bestehen jedoch erkennbar hohe exogene Wachstumsrisiken, die auf das Handwerk durchschlagen könnten. Noch jedoch ist im Handwerk von einer Wachstumsschwäche wie in der Gesamtwirtschaft keine Spur, sondern es bleibt ein Wirtschaftsbereich mit weiter hohen Umsatzzuwächsen. Das unterstreicht eindrucks-

voll die stabilisierende Funktion des Handwerks für die deutsche Wirtschaft insgesamt.

Politische Forderungen des Handwerks:

Das Handwerk ist ein Wirtschaftsbereich, der seiner wirtschaftlichen wie auch gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird. Der Mensch steht im Zentrum.

Wir investieren: in Menschen und in Zukunft – Tag für Tag in den etwa eine Million Betrieben, in denen rund 5,5 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz haben, darunter rund 360.000 Lehrlinge. Darüber hinaus sind 100.000 Menschen mit einem Ehrenamt unermüdlich im Einsatz. Das Handwerk investiert in die Qualifizierung von Azubis aus dem Verständnis heraus, dass Ausbildung und Förderung des Nachwuchses noch immer die beste Zukunftsversicherung ist. Mit großem Engagement vermitteln unsere Betriebe das nötige Fachwissen und unterstützen ihre Azubis – und dabei sind uns alle willkommen, die anpacken wollen: Im Handwerk haben auch Leistungsschwächer, Studienaussteiger, Migranten und Flüchtlinge ihre Chancen. Für uns ist Integration nicht nur ein Wort.

Das Handwerk ist der Wirtschaftsbereich, ohne den viele Zukunftsthemen nicht zu stemmen sind, etwa die Energiewende, der Breitbandausbau, der Bau neuen und zusätzlichen Wohnraums oder einer guten Verkehrsinfrastruktur.

Warum ich das alles aufliste?

Es führt das hohe Maß an Verantwortungsübernahme und den essentiellen Beitrag des Handwerks für unsere Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland vor Augen: als Ausbilder der Nation, als Arbeitgeber, als Dienstleister, als Innovationstreiber, als Erbringer eines erheblichen Steueraufkommens und von Sozialbeiträgen. Das Handwerk ist unabdingbar und systemrele-

vant für die Gesamtwirtschaft in Deutschland. Deshalb müssen Gesellschaft und Politik alles tun, um das Fundament eines leistungsfähigen Handwerks zu stärken.

Davon sind wir allerdings weit entfernt. Die Entwicklung ist eher gegenteilig. Eine ganze Reihe politischer Entscheidungen der Bundesregierung haben das unternehmerische Handeln weiter erschwert, haben Betriebsinhaber mit mehr Bürokratie, mit mehr arbeitsrechtlichen Vorschriften, mit zusätzlichen Sozialabgaben, steuerlichen Erschwernissen und steigenden Energiekosten belastet. Das muss aufhören, sonst wird die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen massiv gefährdet. Das Gebot der Stunde lautet Entlastung unserer Betriebe und ihrer Beschäftigten – Entlastung bei Steuern, bei Sozialabgaben, bei Bürokratie.

Eine solche Entlastung ist kein Geschenk der Politik, sondern Voraussetzung für den Erhalt und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe – und letztlich auch Ausdruck der dringend notwendigen Wertschätzung. Wir müssen wieder zu mehr Leistungsanerkennung kommen anstelle von teurer Anspruchs- und Erwartungserfüllung ohne daran geknüpfte Bedingungen. Derzeit ist es doch so, dass immer neue Zumutungen und Belastungen für die Leistungsträger unserer Gesellschaft auf öffentliche Zustimmung, gar Beifall treffen. In der politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmung scheint zunehmend aus dem Blick zu geraten, wer unseren Wohlstand und die Mittel für unseren Sozialstaat erarbeitet und erwirtschaftet: Das sind ganz maßgeblich auch unsere Betriebe, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Handwerk!

Es macht den Eindruck, als wenn bei politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Debatten die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft an Gültigkeit verlieren. Unstrittig für den ZDH ist, dass es in der Sozialen Marktwirtschaft ein Netz

aus sozialen Sicherungen geben muss, das diejenigen auffängt, die nicht eigenständig für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Allerdings gehört zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft auch, dass die Eigenverantwortung und Initiative der BürgerInnen nicht durch einen Nanny-Staat gelähmt werden darf. Der Staat darf diejenigen nicht über die Maßen belasten, die durch ihre tägliche Arbeit dazu beitragen, die Schwächeren zu unterstützen.

Deshalb muss das Steuer- und Transfersystem in Deutschland dringend reformiert und korrigiert werden. Es würgt zunehmend den Leistungswillen ab, bestraft ihn teils sogar. Lohnsteigerungen etwa werden durch die Progression aufgezehrt. Die Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich lohnt sich teils nicht, sondern kann sogar eine Schlechterstellung gegenüber Haushalten bedeuten, die vom Sozialstaat leben.

Steuerpolitik:

Im Unterschied zu uns nutzen andere Staaten ihr Steuerrecht, um ihren Unternehmen bestmögliche Bedingungen für Investitionen und Beschäftigung zu bieten. Eine international wettbewerbsfähige Ausgestaltung der Besteuerung deutscher Unternehmen ist längst überfällig und gerade vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen in diesem Bereich - zuletzt in Österreich – dringend geboten. Auch in Deutschland könnten unsere Betriebe entlastet werden, ohne damit eine Schieflage des Staates zu riskieren. Das brüsk mit der Begründung abzulehnen, für solche „Steuergeschenke“ sei jetzt keine Zeit, ist ein Schlag vor den Bug der Betriebe und Mitarbeiter, die dieses Steuergeld schließlich erarbeitet haben.

Wir haben die klare Erwartung, dass sich beim Thema Unternehmensbesteuerung endlich etwas tut. Der ZDH fordert mit Nachdruck, bei der Thesaurierungsrücklage endlich eine mittel-

standsfreundliche Ausgestaltung zu finden. Der Einkommensteuertarif muss endlich zeitgemäß angepasst, die Tarifeckwerte nach rechts verschoben und insbesondere der sogenannte „Mittelstandsbauch“ abgebaut werden, um so für Entlastungen unserer Betriebe zu sorgen. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Abschaffung des Solidaritätszuschlages für kleinere und mittlere Einkommen wird gerade bei ertragsstarken Personengesellschaften an den Bedürfnissen des Handwerks vorbeigehen. Insoweit bedarf es hier eines konkreten Ausstiegsszenarios.

Sozialabgaben:

In Deutschland sehen und erleben wir ständig steigende Sozialausgaben, die einen geringen gesellschaftlichen Mehrwert für die Gegenwart bringen, aber ganz erheblich auf Kosten der nachfolgenden Generationen gehen; oder die - wie bei der Rente - manche im Jetzt begünstigen, aber alle durch höhere Beiträge in der Zukunft belasten. Das ist weder eine nachhaltige verantwortungsvolle noch generationengerechte Politik. Geld, das jetzt mit vollen Händen für Soziales, Rente, Arbeitsmarkt und Gesundheit verteilt wird, sollte bereits erwirtschaftet und nicht lediglich eine Anleihe auf die Zukunft sein. Weitere Leistungsausweitungen in den Sozialversicherungen, die die Beitragszahler belasten, müssen ausbleiben!

Bürokratieabbau:

Angesichts der weiter gut laufenden Handwerkskonjunktur sind unsere Betriebe gut auf den Baustellen und in den Werkstätten beschäftigt und haben umso weniger Zeit, sich um salopp gesagt: „Papierkram“ am Schreibtisch zu kümmern. Bei vielen Betrieben sind deutlich erkennbare Überlastungssymptome bereits auszumachen. Die dürfen aber nicht zum Betriebs-Kollaps führen! Kopf- und Bauchschmerzen verursachen den Betrieben die zunehmenden

formellen Pflichten, unverständliche und komplexe Vorschriften, hohe materiell-rechtliche Anforderungen, finanzielle Gebühren und sonstige Belastungen.

Doch die Bundesregierung tritt beim Bürokratieabbau auf der Stelle. Das lang angekündigte Bürokratieentlastungsgesetz III lässt trotz guter Vorschläge des Handwerks nach wie vor auf sich warten. Die guten Ansätze des One-in /One-out-Prinzips oder des EU-ex-ante-Verfahrens werden nicht weiterentwickelt. Bestehende Potentiale zur Vermeidung von Bürokratie bleiben damit ungenutzt.

Die dringend notwendige Entlastung unserer Betriebe braucht mehr Mut und Entschlossenheit, die vorliegenden Vorschläge und Ideen konsequent umzusetzen. Nochmal: Entlastung – auch hier – ist kein Geschenk.

Fachkräfte- und Nachwuchssicherung:

Die gute Nachricht ist: Dank der seit Jahren anhaltenden Hochkonjunktur im Handwerk gibt es derzeit so gute Jobaussichten wie wohl in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich in Deutschland. Die Kehrseite der Medaille ist der kaum zu deckende Bedarf an Fachkräften. Ob wir in Deutschland ausreichend viele Fachkräfte haben, wird künftig darüber entscheiden, wie wettbewerbsfähig unsere Wirtschaft insgesamt bleibt. Dazu zählt auch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das jetzt schnell und ohne Verwässerungen kommen muss.

Es kann aber natürlich nicht sein, dass die Betriebe mit der Herausforderung alleine gelassen werden, den Fachkräftebedarf zu decken. Das Handwerk braucht eine politische Flankierung. Fachkräfteförderung ist Zukunftssicherung für unser Land. Wir müssen wieder mehr junge Menschen für eine berufliche Ausbildung gewinnen. Wir brauchen eine Bildungswende und

wieder ein vernünftiges Verhältnis zwischen Auszubildenden und Studenten. Für den im Koalitionsvertrag vereinbarten Berufsbildungspakt muss endlich Geld in die Hand genommen werden mit dem Ziel einer auch finanziell gleichwertigen Förderung beruflicher wie akademischer Bildung. Die Bildungszentren des Handwerks und die Berufsschulen müssen modernisiert werden. Es muss eine flächendeckende Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen verpflichtend eingeführt werden.

Einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung kann auch die Wiedereinführung der Meisterpflicht leisten. Bei diesem Vorhaben sind wir jetzt in die entscheidende Phase eingetreten mit Anhörungen, Parlamentsberatungen und der Absicht, über die Sommerpause dazu einen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Bei der Wiedereinführung der Meisterpflicht geht es nicht um eine Rolle rückwärts, sondern ganz im Gegenteil: Der Blick geht nach vorn! Im Kern sollen Fehlentwicklungen der vergangenen 15 Jahre zum Wohl von Verbrauchern, Kunden und der Gesellschaft insgesamt korrigiert und in eine Richtung gelenkt werden, die die Zukunft eines qualitativ hochwertigen, ausbildungs- und betriebsnachhaltigen Handwerks sicherstellt. Der Meisterbrief ist der Garant, um das Ausbildungs- und Qualifizierungssystem und damit auch Fachkräfte im Handwerk für die Zukunft zu sichern. Ein Meister hat theoretische und praktische Fachkompetenzen, betriebswirtschaftliche und rechtliche Kenntnisse. Dazu kommt Berufs- und Arbeitspädagogik, damit der Meister ausbilden kann. Die betroffenen Gewerke, in denen die Meisterpflicht abgeschafft wurde, sind in eine Spirale der Dequalifizierung geraten. Sie sind weniger bestandsfest und bilden weniger aus. Der Wissenstransfer ist nicht mehr gewährleistet, und es wird auch nicht unbedingt nach Meister-Qualitätsstandards gearbeitet – zum Nachteil der Verbraucher und mit allen Konsequenzen für die Gewährleistung. Bei so einer Entwicklung ist es

natürlich schwierig, junge Menschen von der Wertigkeit einer handwerklichen Ausbildung zu überzeugen. Mehr Qualität, mehr Ausbildung, mehr Verbraucherschutz und nachhaltige Betriebe bekommen wir nur mit der Meisterpflicht. Deshalb ist es gut, dass die Politik jetzt die Schritte geht, um die Meisterpflicht wieder auszudehnen.

Fazit:

In vielen Bereichen sieht das Handwerk die Regierung am Zug, endlich von Gegenwartsverwaltung auf Zukunftsgestaltung umzuschalten. Das gilt neben den beispielhaft genannten Handlungsfeldern natürlich auch für Bereiche wie Energie, Digitalisierung, Verkehr und Umwelt. So jedenfalls kann es nicht weitergehen. In der bisherigen Regierungsarbeit ist das Thema Zukunftsgestaltung leider ziemlich auf der Strecke geblieben. Echte Zukunftsvisionen sind gar nicht zu erkennen. Wo etwa sind die Konzepte für international wettbewerbsfähige Steuerregelungen? Für eine generationen- und arbeitsmarktgerechte Sozialstaatsfinanzierung? Für weniger bürokratische Belastungen? Für eine Verringerung der Energiekosten, für einen schnellen Netzausbau und für Investitionen in die berufliche Bildung? Die werden dringend gebraucht, sollen unsere Betriebe und unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben. Doch traurige Realität ist: Eine verteilende Sozialpolitik dominiert, wo eigentlich Wirtschaftspolitik und Wettbewerbsstärkung nötig wären.